

These 1:

Der in unserem Land erreichte materielle Wohlstand beruht besonders auf dem Fleiß und der Innovation vieler Menschen in Deutschland sowie auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Es ist richtig, dass auch fossile Energie und die Globalisierung einen Einfluss auf den Wohlstand in Deutschland hatten und noch immer haben. Diese Entwicklungen müssen wir fair und nachhaltig gestalten und im globalen Wirtschaftssystem für Regeln eintreten, die einen fairen Wettbewerb und eine nachhaltige Entwicklung weltweit ermöglichen. Dazu gehört für mich das klare Bekenntnis zu den Zielen der UN für eine nachhaltige Entwicklung, zum Pariser Klimaschutzabkommen und selbstverständlich auch zu den Menschenrechten.

Als CSU und CDU setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland ist. Das bedeutet: Wir möchten eine starke Wirtschaft und industrielle Arbeitsplätze mit Klimaschutz und nachhaltigem Wachstum in Einklang bringen.

Auch in Zukunft müssen wir unserer globalen Verantwortung gerecht werden. Die Ausgaben von 0,7% des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wollen wir beibehalten. Doch Geld allein wird nicht ausreichen, um die Länder des globalen Südens zu unterstützen. Wir brauchen außerdem eine noch bessere und intensivere Abstimmung und Arbeitsteilung – insbesondere auch innerhalb der Europäischen Union.

These 2:

Ja, wir müssen die Folgen der Globalisierung noch stärker in den Blick nehmen. Die CSU hat ein Lieferkettengesetz verabschiedet, das sowohl effektiv als auch für die zahlreichen Unternehmen umsetzbar ist. Bei der Globalisierung geht es um Vernetzung und um Koordination. Darum muss es auch mit Blick auf die Lieferketten gehen. Das Sorgfaltspflichtengesetz ist im europäischen Vergleich bisher am weitreichsten und könnte auch zum Vorbild für eine einheitliche europäische Regelung werden. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden wir uns auch in der nächsten Wahlperiode für eine einheitliche EU-Regelung für Lieferketten einsetzen, die effektiv Menschenrechte schützt.

These 3:

Ich stimme absolut zu, dass wir den Ländern des globalen Südens mehr Wertschöpfung ermöglichen müssen – partnerschaftlich und auf Augenhöhe. Für eine nachhaltige Entwicklung beispielsweise in Afrika sind der Zugang zu Kapital und staatliche Risikoabsicherungen von großer Bedeutung. Die Basis dafür ist Rechtsstaatlichkeit und die Bekämpfung von Korruption. Dabei müssen wir unterstützen und fördern.

Außerdem müssen wir viel stärker als bisher die Entwicklungszusammenarbeit und strategische Außenwirtschaftsförderung miteinander verknüpfen. Nur so ermöglichen wir es deutschen Unternehmen, in Arbeitsplätze in Entwicklungsländern zu investieren. Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Staat hilft außerdem, die bereits angesprochenen Menschenrechte sowie soziale und ökologische Mindeststandards besser sicherzustellen.

Aus meiner Sicht ist gerade bei wichtigen Zukunftsthemen wie den Erneuerbaren Energien eine enge Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse. Zum Beispiel gibt es ein großes Potential für internationale Zusammenarbeit mit Blick auf Wasserstoff, das wir nutzen müssen – auch, um Ländern im globalen Süden Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Das Reformkonzept unseres Bundesentwicklungsministers Gerd Müller, das er im letzten Jahr vorgestellt hat und das dazu dient, die Maßnahmen und Mittel noch wirksamer und effizienter einzusetzen, begrüße ich. Aufgabe der neuen Bundesregierung wird es sein, das Reformkonzept weiter umzusetzen.

These 4:

Ja, Deutschland muss die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder berücksichtigen. Wir sehen beispielsweise Afrika als einen Kontinent mit hoher wirtschaftlicher Dynamik und enormer Innovationskraft. Auch in der Außenwirtschaftsförderung müssen wir partnerschaftlich und auf Augenhöhe mit Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten.

Katrin Staffler